

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 5 Mark

Nr. 25.

Charlottenburg, Freitag, den 24. Juni 1921.

48. Jahrg.

Ein dunkles Kapitel aus dem Märchen vom deutschen Wiederaufbau.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

In der deutschen Industrie sind innerhalb des letzten Jahres ungeheure Veränderungen, Konzentrationen nach Stimmeschem Muster, insbesondere Verwässerungen der Kapitalmassen, vor sich gegangen. Wenn man die Geschäftsberichte unserer großen Werke, die wir in der letzten Woche zu lesen bekommen haben, Revue passieren läßt, so fallen die ungeheuren Riesengewinne auf, die die Mehrzahl der Firmen gemacht hat. Im nachfolgenden sollen die Geschäftsabschlüsse von 15 deutschen größeren Aktiengesellschaften für 1919/20 mit einigen kurzen Erläuterungen einer durchaus sachlichen Kritik unterzogen werden.

Daß die Riesengewinne der Großindustrie allgemach das deutsche Wirtschaftsleben vollends vergiften, wird, wenn auch vielfach erst zaghaft, neuerdings selbst von solchen Blättern hervorgehoben, die von Hause aus die berufenen Vertreter der großkapitalistischen Industrie sind. So „E. L.“ lenkt das „Hamburger Fremdenblatt“ mit Bezug auf die Wucherdividenden der Großindustrie das Augenmerk der Regierung und Volksvertreter auf diese „planmäßige Ubertourierung, die nur einer beschränkten Zahl — den Aktionären — Nutzen, der Allgemeinheit jedoch schweren Schaden bringe“. Und nun gar das ausgesprochene Unternehmerblatt, die „Kölnische Zeitung“, schrieb am 10. Oktober 1920 u. a.: „Ungeahnte Gewinne und nie dagewesene Dividenden kennzeichnen die Jahresabschlüsse der großen Unternehmungen der Schwerindustrie für die Betriebszeit 1919/20.“ — Die folgenden Zahlen, nach den letzten Geschäftsberichten der 15 Aktiengesellschaften, geben ein anschauliches Bild aus den Wucherjahren 1919/20.

Die Baroper Walzwerk-Akt.-Ges. in Barop in Westf. verteilt 50 Proz. Dividende. Gleichzeitig wurde das Stammkapital von 9 auf 15 Millionen Mk. vergrößert, dergestalt, daß die Aktionäre auf zwei alte drei junge Aktien zum Nennwert von 100 Proz. erhalten, während im November 1920 die amtliche Berliner Börsennotierung für Baroper Walzwerkaktien 1055 Proz. betrug. Das heißt: ein (kleiner) Aktionär mit beispielsweise 20 000 Mk. Baropaktien erhält bei Einzahlung von 30 000 Mk. 30 junge Aktien; für diese 30 jungen Aktien bekommt er zu Recht bei Verkauf an der Börse den 10fachen Betrag = 316 000 Mk. Was verdient da mal erst der Großaktionär?! Wie ersichtlich, schwimmt diese Gesellschaft förmlich im Geld und sie nimmt, um das Geld nur irgendwie unterzubringen, eine sogenannte Kapitalverwässerung allergrößten Stils vor, nachdem vorher, neben der Verteilung einer Riesendividende, Aufsichtsrat und Vorstand und alle stillen Cassen bis zur Grenze des Erträglichen mit Geld angefüllt wurden.

Von Gebrauchsgegenständen ist prozentual wohl nichts höher gestiegen, als Schlösser für Möbel, Türen, Kisten usw. Die fast konkurrenzlose, hochentwickelte deutsche Schlossindustrie konzentriert sich in den Städten Belbert und Heiligenhaus im Rheinland. Daher kommt es, daß die Schlossfabriken verdienen können, was sie wollen — mit anderen Worten, den Verbraucher nach Belieben schröpfen.

So hat die Schlossfabrik Akt.-Ges. vorm. Wilh. Schulte in Schlagbaum bei Belbert bei 1 1/2 Millionen Mk. Aktienkapital den phänomenalen Reingewinn von 5 125 802 Mk.

erzielt. Nach riesigen Abschreibungen — der sogenannte Dispositionsfonds erhält allein 1/2 Million Mk. — bekommen die Aktionäre einschließlich Gratzzaktien 120 Prozent Dividende. Bei dem sehr hohen Kursstand der Schulteaktien von über 1000 Proz. ist in Wirklichkeit die letzte Dividende vielhundertprozentig.

Die Vereinigten Kiesel- und Schloßfabriken in Belbert verteilen eine Gesamtdividende einschließlich der den Aktionären aus dem ehemals riesigen Reingewinn geschenkten neuen Aktien von 125 Proz. Auch hier ist die Dividende bei der hohen Börsennotierung dieser Aktien in Wirklichkeit um ein Vielfaches höher.

Die Eisengießerei und Schloßfabrik Akt.-Ges. in Belbert verteilt 30 Proz. Dividende und gibt den Aktionären auf zwei alte eine neue Aktie zum Nennwert (100 Proz.), während der gegenwärtige Kursstand etwa 625 Proz. beträgt. Also ebenfalls ein weiteres großes Geldgeschenk an die Aktionäre.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß gerade die Schloßfabriken als konkurrenzlose, Qualitätserzeugnis (Schlösser und dergleichen) liefernde Werke im Kriege bei den umfangreichen Heereslieferungen ganz besonders hohe Einnahmen gehabt haben.

Die Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube Akt.-Ges. in Brühl bei Köln, das größte Braunkohlenwerk Deutschlands, verteilt 18 Proz. Dividende und erhöht das Aktienkapital um 15 Millionen, auf 45 Millionen Mk. Die Börsennotierung der Roddergrube-Aktien ist 600 Proz., die Aktionäre erhalten die neuen 15 Millionen-Aktien anteilmäßig zu nur 147 Proz., verdienen also durch die starke Kapitalverwässerung die vierfache Summe der eingezahlten Beträge.

Die Essener Steinkohlenbergwerke Akt.-Ges. in Essen verteilt 12 Proz., erhöht jedoch das Aktienkapital um 15 Millionen, auf 40 Millionen Mk. (also auch eine kolossale Verwässerung) und bietet den Aktionären die neuen Aktien zu 125 Proz. an, während die Börsennotierung von Essener Steinkohlenaktien 620 Proz. beträgt. Die Aktionäre erhalten mithin den fünffachen Betrag der eingezahlten Summe als Riesengeschenk wieder zurück.

Interessant ist die Dividendenpolitik dieser beiden Kohlenbergwerke, die speziell der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Sozialisierungsbestrebungen auf den Leib zugeschnitten ist. An sich betrachtet, erscheinen die nackten Dividendenziffern von 18 Proz. und 12 Proz. für heute nicht übermäßig hoch. Nimmt man jedoch als Kennner der Verhältnisse die, wie geschildert, ungemain wertvollen Bezugsrechte des vergrößerten Kapitals für die Aktionäre unter die Lupe, dann ergeben sich in Wirklichkeit ganz andere, gewaltigere Dividendenzahlen, trotz der glänzenden wirtschaftlichen Lage auch der Bergwerke wird nach außen hin der gegenteilige Eindruck zu machen versucht.

Phantastisch ist bekanntlich auch die Preissteigerung der drei dringenden Gebrauchsartikel Papier, Leder und Webstoffe. In der gleichen Nummer 861 der „Kölnischen Zeitung“ (siehe oben) schreibt sie weiter: „Es verlohnt sich, etwas näher den letzten Geschäftsbericht der Ammendorfer Papierfabrik Akt.-Ges. in Radewell bei Halle anzusehen, weil hier (immer wörtlich nach der „Kölnischen Zeitung“) ein besonders trasser Fall dafür vorliegt, wie auf der einen Seite über die traurigen Verhältnisse geklagt wird und wie auf der anderen Seite die gewaltigsten Gewinne gemacht werden.“ — Ammendorfer

Papier (das ist der gekürzte Börsenausdruck) gehörte schon in Friedenszeiten zu den bestrentierenden Papierfabriken; sie schüttete damals mehrere Jahre hintereinander 30 Proz. Dividende aus. 1914/15 gab's 17 Proz., 1915/16 26 Proz., dann jedoch mit der ansteigenden Kriegskonjunktur stieg die Dividende weit über das Friedensmaß hinaus: 1916/17 36 Proz., 1917/18 mit Kriegsanleihe 86 Proz. und 1918/19 ohne Umrechnung der inzwischen an die Aktionäre verteilten 300 000 Mt. Freiaktien 60 Proz. Im März 1920 wurde das Aktienkapital verdoppelt — man weiß, wörtlich genommen, nicht, wohin mit dem Geld — und den Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 205 Proz. überlassen. Ein ungezähltes Millionen Geschenk für die Aktionäre bei dem ganz außerordentlich hohen Börsenstand der Kammendorfer Aktien. Obendrein nimmt das verdoppelte Aktienkapital voll an der Dividende von 60 Proz. für 1919/20 teil. Wo trotz der fabelhaftesten Kapitalverwässerung immer aufsteigende, geradezu märchenhafte Gewinne. — Die Kammendorfer Papierfabrik Akt.-Ges. stellt Druckpapier und Tapeten her. Sie hebt im Geschäftsbericht stolz hervor, daß ihre Produkte sämtlich im Inland abgesetzt werden. Im gleichen Bericht hält es die Verwaltung, wie schon vorhin angedeutet, angeichts solcher Zahlen für angebracht, Stein und Bein zu klagen über Aufruhr und Streit, über Kohlenmangel, Stillstand usw. Es ist übrigens sehr bezeichnend, daß hier, wo die „Kölnische Zeitung“ als Druckpapierverbraucherin größten Umfangs selbst Ausbeutungsobjekt wird, sie verhältnismäßig starke Worte findet über den allerdings alles Dagewesene weit übersteigenden schamlosen kapitalistischen Riesengewinn der Kammendorfer Papierfabrik.

Die Magener Lederfabrik Akt.-Ges. in Machen verdoppelte ihr Aktienkapital von 2 auf 4 Millionen Mt. Nach großen Abschreibungen, Auffüllung verschiedener stiller Reserven usw. beträgt der Reingewinn immer noch mehr als die Hälfte des verdoppelten Kapitals. Auf das stark verwässerte Aktienkapital wird eine Dividende von 40 Proz. verteilt. — Viele Schuhfabriken, zumal in Süddeutschland, haben noch „besser“ gearbeitet.

Die Deutsche Wollwaren-Manufaktur Akt.-Ges. in Grünberg in Schlesien erzielte bei einem Aktienkapital von 3 184 000 Mt. den enormen Reingewinn von 3 967 878 Mt. Dabei sind sämtliche Anlagewerte bis auf je 1 Mt. abgeschrieben. Nach großen Bezügen des Vorstandes und Aufsichtsrates werden noch 30 Prozent Dividende verteilt.

Auch bei der Norddeutschen Wollkammerei Akt.-Ges. in Bremen (Bremen ist Haupthandelsplatz Deutschlands für Baumwolle) werden Riesengewinne und sogenannte Gratistgenüßscheine an die Aktionäre ausgeteilt. Der Reingewinn im letzten Geschäftsjahr beträgt 15,5 Millionen Mt. gegenüber „nur“ 2,5 Millionen Mt. im Vorjahr. Als Gesamtdividende werden 62 Proz. ausgeschüttet. Der Kleine lernt das Buchern vom Großen, daher die wahnwitzigen Preise für Schuhe und Kleidung. Im gleichen Augenblick schiebt die „wiederaufbauende“ Großindustrie unter bewußter Verdrehung der Tatsachen alles Ueble den verhältnismäßig doch nur schwach gestiegenen Löhnen der Arbeiter und Angestellten zu.

Das Braugewerbe hat es trotz der Ungunst der Zeiten nach wie vor verstanden, eine gewinnbringende Dividendenjauce herzustellen.

So verteilt die Dortmunder Naiva-Branerei Akt.-Ges. in Dortmund 35 Proz. Dividende, verwässert nach bekanntem Muster das Aktienkapital um 3 525 000 Mt., auf 10 Millionen Mark, und bietet ihren Aktionären diese Summe im Verhältnis von 2:1 zu 110 Proz. an. Da die Börsennotierung etwa 700 Proz. beträgt, erhalten die Aktionäre neben der hohen Dividende ein Millionen Geschenk.

Die Brauerei Gebr. Dierich Akt.-Ges. in Düsseldorf verteilt 18 Proz. Dividende, wobei im Geschäftsbericht hervorgehoben wird, daß die „heutigen Bierpreise nicht mehr die Herstellungskosten decken“.

Gut gearbeitet, das zeigt das verbrauchende Publikum gehörig bewußt, bei der Zuckerhandelsbank Akt.-Ges. in Hamburg, die es im Vorjahr von 48,5 Proz. zur Verteilung bringt.

Noch besser ist das Ergebnis bei der Carotti-Schokoladen-Fabrik Akt.-Ges. in Berlin. Carotti, als eine der größten deutschen Schokoladenfabriken, stellt die gerade für die fast 70 000 000 Bevölkerung gegenwärtig besonders wertvollen Nahrungsmittel Schokolade und Kakao her. Bei den, wie bekannt, im Kleinhandel ungeheuerlichen Wucherpreisen für diese Produkte hatte diese Gesellschaft letztjährig einen Umsatz von 78 Millionen Mt., der das Aktienkapital um das 30fache

überstieg. Sie schüttet auf ein erhöhtes und gründlich verwässertes Aktienkapital die fabelhafte Dividende von 60 Proz. aus, wobei es die Verwaltung fertig bringt, im Geschäftsbericht wörtlich von einem „mäßigen Nutzen“ zu sprechen.

Zum Schluß sei der Geschäftsbericht für das Jahr 1919/20 einer sogenannten Kriegsblüte aus dem Wuppertal kurz beleuchtet. Man sehe sich darob den famosen Geschäftsbericht für 1919/20 der Textil-Industrie-Akt.-Ges. in Barmen-Wichlinghausen näher an. Diese Firma — bis 1916 führte sie den Namen Vogelsang-Zimmermann — schüttet auf ein Aktienkapital von 7,5 Millionen Mt. eine 15proz. Dividende aus, schreibt außerdem den Riesebetrag von 1,6 Mill. Mt. ab, über ½ Mill. Mt. fließen in eine Rücklage und als „Vergütung“ an den Vorstand (das sind die drei Hauptaktionäre) und den Aufsichtsrat wird die Kleinigkeit von 307 000 Mt. verteilt, wobei noch ein Rest von 383 000 Mt. vorgetragen wird. Die Textil-Industrie Akt.-Ges. stellt Bänder und Spitzen her. Die dortigen Verhältnisse waren bei Kriegsbeginn derart mies, daß die Firma sozusagen nur auf zwei Krücken in den Krieg humpelte. Durch umfangreiche Munitionslieferungen erholte sie sich, wie so manches andere Werk, recht gründlich, verwandelte sich 1916 in eine Aktien-Gesellschaft mit einigen Millionen Mark Kapital, wobei die Verwässerung durch übermäßige Verrechnung der Anlagen, Maschinen usw. nach außen hin sehr unauffällig vorgenommen wurde. Die aus den Munitionslieferungen stammenden Riesengewinne gestatteten weiter Angliederungen anderer Werke in Grevenbroich, Langerfeld und M.-Gladbach.

Alles in allem genommen, ein überaus trübes und dunkles Kapitel vom Märchen des Wiederaufbaues Deutschlands und die tiefe moralische Berechtigung für den Eingriff des Staates, um das Land vor der völligen Verflattung zu retten.

Neuregelung des Lohnabzugs.

Die neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Nichtigstellung. Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beabsichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglichst schon ab 1. Juli 1921 eintreten zu lassen. Es handelt sich im wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Veranlagung) bedingt, in die endgültige Abtragung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorberhandlungen, zu denen Arbeitgeber und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen wurden, stehen gutem Vernehmen nach vor dem Abschluß, und es wird in der aller nächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 Mt. (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb erreicht werden, weil die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 13 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Posten (z. B. Lebensversicherungs-, Sterbefassenbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen usw.) und die sogenannten Werbungskosten (Fahrtgeld, Arbeitskleidung usw.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — voraussichtlich 1800 Mt. jährlich — abgegolten werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besonders wirtschaftliche Notstände, wie Krankheiten in der Familie, Unfälle usw., in mißliche Verhältnisse geraten ist.

Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in Fällen geplant, in denen mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können.

Ueber die Höhe für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit (das bisherige steuerfreie Existenzminimum) usw. läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Höhe unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Proz. errechnet und

von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abschläge (b. h. die steuerfreien Teile) gekürzt werden.

Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu belassen sind, fällt künftig fort. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abschlages bekanntgegeben werden, den er von dem 10prozentigen Lohnanteil abzusehen hat.

Ueber die Einzelheiten des Verfahrens näheres mitzuteilen, ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Ein späterer Artikel wird sich damit beschäftigen. Soviel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erstrebt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten stärkster wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erfassung der Einkommen der freien Berufe verwendet werden können.

Rechtsprechung in Unfallsachen.

Der Kampf um die Unfallrente spiegelt sich alljährlich in den Berichten des Reichsversicherungsamts wider. In Nr. 3 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ ist der Bericht über das Jahr 1920 abgedruckt. Ihm sind die Zahlen entnommen, die in den folgenden Betrachtungen Verwendung gefunden haben. Es muß dabei beachtet werden, daß die Zahlenangaben nur als vorläufige zu betrachten sind, da, wie es im Bericht heißt, bei der kurzen Frist, die zur Verfügung stand, eine Nachprüfung im einzelnen nicht möglich war.

Wer Anspruch auf Entschädigung für einen Betriebsunfall erheben will, muß einen entsprechenden Antrag innerhalb 2 Jahren nach dem Unfall oder später nur dann, wenn die Unfallfolgen erst später zu einer Erwerbsbeschränkung führen, bei der zuständigen Berufsgenossenschaft stellen. Die Berufsgenossenschaft ist dann verpflichtet, den Antrag zu prüfen und einen einspruchsfähigen Bescheid zu erteilen, gegen den innerhalb eines Monats nach Empfang Einspruch bei der Berufsgenossenschaft eingelegt werden kann. Beschwerde wurde 1920 von den Versicherungsträgern der gewerblichen Unfallversicherung 227 531 (1919 251 915), und in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung 129 515 (1919 119 653), zusammen also 357 046 (375 568) erteilt. Auf eingelegte Einsprüche wurden 31 760 (35 582) und 10 770 (10 267), zusammen 42 530 (45 849) Endbescheide erteilt. Von den Einsprüchen wurden 823 (1362) und 203 (454), zusammen 1031 (1816) = 2,4 Proz. (3,96) als verspätet zurückgewiesen. Die Endbescheide hatten in 2633 (2986) und 1992 (1769), zusammen 4625 (4755) Fällen Erfolg, wogegen 28 304 (31 234) und 8570 (8044), zusammen 36 874 (39 278) zurückgewiesen wurden. Danach wurden die Endbescheide in 11,14 v. H. der gesamten Fälle (1919 10,8) zugunsten und in 88,86 (89,2) v. H. zu ungunsten des Einspruchserhebenden entschieden. Bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung war der Hundertsatz 18,86 (18,03), bei der gewerblichen 8,51 (8,73). Der Erfolg der Einsprüche war danach, wie immer, bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ein besserer.

Gegen die Endbescheide ist innerhalb eines Monats Berufung beim Oberversicherungsamt möglich. Durch Anwendung dieses Rechtsmittels beginnt die eigentliche Rechtsprechung. Welchen Umfang diese hatte, wird in den Berichten des Reichsversicherungsamts nicht nachgewiesen. Gegen die Urteile der Oberversicherungsämter ist zum Teil ein weiteres Rechtsmittel durch Rekurs gegeben, der ebenfalls innerhalb eines Monats nach Zustellung des schriftlichen Urteils eingelegt werden kann. Ueber diese Rekurse entscheidet dann das Reichsversicherungsamt endgültig. Eine Wiederaufrollung der Ansprüche ist dann möglich, wenn eine Verschlimmerung der als Unfallfolge zu bewertenden Erwerbsbeschränkung eintritt. Darüber hinaus besteht nur unter ganz besonderen Umständen (spätere Auffindung einer Urkunde usw., nicht aber bei Beibringung eines neuen Gutachtens) die Möglichkeit der Neuanrufung der Unfallsinstanzen. Dieser Rechtsweg ist aber auch dann noch gegeben, wenn eine Erwerbsbeschränkung über das Vorliegen eines Betriebsunfalles verneint ist, wenn der Tod des Verletzten erfolgt und dieser als Folge des Unfalles anzusehen ist. Dann können die Hinterbliebenen Anspruch auf Hinterbliebenenrente stellen, und die Frage ist neu zu prüfen.

Unabhängig gemacht wurden 1920 3385 Rekurse (1919 3400), davon 2906 (2990) auf dem Gebiete der gewerblichen und 479 auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Mit den aus den Vorjahren unerledigt übernommenen Rekursen waren zu bearbeiten 5634 (5895). Von den zu bearbeitenden Rekursen waren 442 = 7,8 Proz. von den Versicherten und 1212 = 21,5 Proz. von den Versicherungsträgern angelegt; 1919 5580 = 81,0 Proz. von den Versicherten und 1315 = 19,0 Proz. von den Versicherungsträgern.

Der Prozentanteil der Versicherten ist an den Rekursen seit 1916 fortgesetzt zurückgegangen, nämlich von 83,2 auf 78,5; der der Versicherungsträger stieg von 16,8 auf 21,5.

Erliebt wurden 4013 Rekurse (1919 4046), davon 3273 = 81,6 Proz. durch Urteil, 421 = 10,5 Proz. durch Verfügung des Vorsitzenden, weil unzulässig oder verspätet, und 319 = 7,9 Proz. anderweit (Bürücknahme, Vergleich usw.). Unerledigt blieben 1621 Rekurse, 1919 2249.

Die Versicherungsträger haben im allgemeinen mehr Glück mit ihren Rekursen. Dies ist zum Teil daraus zu erklären, daß sie auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen einestheils besser mit den einschlägigen Fragen vertraut sind und deshalb seltener aussichtslose Rekurse einlegen, während dagegen die Verletzten und ihre Hinterbliebenen alles versuchen, um eine Rente zu erlangen. Letzteres ist ihnen aber auch dadurch schwerer gemacht, weil ihnen die Beweislast zufällt. 1920 wurden 3273 Rekurse durch Urteil entschieden; 1918 3806. Von den 3273 gefällten Urteilen wurden 2526 = 77,2 Prozent durch Bestätigung des angefochtenen Urteils entschieden, 696 = 21,2 Proz. abgeändert und 51 = 1,6 Proz. an das Oberversicherungsamt oder den Versicherungsträger zurückgewiesen. Die Versicherten hatten in 2161 Fällen = 86,1 Proz. keinen Erfolg, die Versicherungsträger dagegen nur in 365 Fällen = 47,8 Proz.

Die wichtigste Streitfrage bei den Rekursen ist die nach dem Grad der Erwerbsunfähigkeit. Darum drehte es sich bei 1190 = 36,9 Proz. von den 3222 Urteilen. Von erheblicher Bedeutung ist dann die Frage, ob ein Betriebsunfall vorlag, oder ob er erwiesen war. 638 = 19,8 Proz. betrafen diese Frage. Ob ein Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit anzunehmen war, kam in 513 Urteilen = 15,9 Proz. in Betracht. Die anderen Streitfragen hatten weniger erhebliche Bedeutung.

Nach einer vorläufigen Ermittlung des Reichsversicherungsamts sind 1920 592 046 Unfälle angemeldet und 107 962 erstmalig entschädigt worden. Da 1919 575 474 Unfälle gemeldet wurden, ergibt sich eine Zunahme um 16 572, während 1918 81 803 Unfälle weniger als 1919 zu verzeichnen waren.

Die von den Trägern der Unfallversicherung geleisteten Entschädigungen (Renten usw.) stiegen nach einer vorläufigen Ermittlung von 204 321 817 Mk. in 1919 auf 308 632 081 Mk. in 1920. Es wurden 1920 an Entschädigungen (Renten usw.) gezahlt oder angewiesen an 768 586 (1919 787 030) Verletzte, 107 335 (108 006) Witwen (Witwer) Getöteter, 98 600 (101 894) Kinder und Enkel Getöteter, 6098 (5317) Verwandte aufsteigender Linie Getöteter. Daneben erhielten 5779 (8074) Ehefrauen (Ehemänner), 9955 (15 128) Kinder und Enkel und 171 (224) Verwandte aufsteigender Linie als Angehörige von Verletzten, die in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 996 574 (1 025 673) Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhalten haben. Die endgültigen Zahlen werden für 1920 höhere sein.

Rentenzulagen erhielten 1920 rund 258 000 Personen mit rund 45 193 000 Mk.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 18., 19. und 20. Mai fand in Amsterdam die halbjährliche Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Anwesend: L. Jouhaux, 1. Vizevorsitzender (Frankreich), C. Mertens, 2. Vizevorsitzender (Belgien), J. B. Williams (Großbritannien), R. Dürr (Schweiz), Th. Leipart (Deutschland), G. Dumoulin (Frankreich), R. Tayerle (Tschechoslowakei), Eds. Jimmen, J. Dudgeest, Sekretäre (Holland). Abwesend: J. S. Thomas (Großbritannien), der sich in Amerika befindet, Ole D. Lian (Norwegen) und J. Caballero (Spanien), die beide durch die Situation in ihrem Lande zurückgehalten wurden. Ferner Waldesi, der gleichfalls eingeladen worden war, aber infolge der Wahlen nicht zur Sitzung kommen konnte.

Jouhaux wies in seiner Eröffnungsrede auf die Arbeit des Bureaus hin, um die auf dem Londoner Kongreß gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, wobei er feststellte, daß die Prinzipien, die in diesen Resolutionen über den Wiederaufbau der Welt niedergelegt sind, zu einem großen Teil von den Regierungen anerkannt wurden. Hierauf gelangte der Bericht über die Tätigkeit des Bureaus zur Beratung.

Unterstützung der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

Zu diesem Punkte wurde der Beschluß des Bureaus angenommen, dem italienischen Gewerkschaftsverband in Mailand (Confederazione Generale del Lavoro) für einen Kampf gegen die Re-

aktion einen Unterstützungsbeitrag von 50 000 Lire zur Verfügung zu stellen.

Unterstützungsaktion für Ungarn.

Hierzu wurde mitgeteilt, daß die zugunsten des Wiederaufbaues der ungarischen Gewerkschaftsbewegung eingeleitete Hilfsaktion gute Resultate gezeitigt hat; sechs Wochen nach dem Aufruf an die angeschlossenen Organisationen war bereits ein namhafter Betrag eingelangt.

Den vom Bureau vorgeschlagenen Maßnahmen wurde zugestimmt. Dem ungarischen Gewerkschaftsbund wird jeden Monat ein Betrag zur Verfügung gestellt werden.

Finanzen.

Im Anschluß an den vom Sekretariat vorgelegten finanziellen Bericht wurde beschlossen, eventuelle Anträge auf Herabsetzung des Beitrages nicht zu unterstützen, sondern, um die Einkünfte der Internationale zu vermehren und sie damit instand zu setzen, den an sie gestellten Anforderungen besser noch entsprechen zu können als bisher, dem nächsten Kongreß einen Antrag auf Einhebung eines Extrabeitrages für die Länder mit niedriger Valuta vorzulegen, und auf diese Weise die Ungleichheit der Beitragsleistung nach Tunlichkeit zu beseitigen.

Einteilung der Landesgruppen.

Es wurde beschlossen, dem nächsten Kongreß eine neue Einteilung hinsichtlich der Länder oder Ländergruppen, die einem Vertreter in den Vorstand zu wählen haben, vorzuschlagen und gleichzeitig einen Antrag vorzulegen, wonach die Ersahmänner für die Vorstandsmitglieder vom Kongreß selbst zu ernennen sind.

Internationale Berufssekretariate.

Es wurde eine Resolution angenommen, die die Förderung der Einheit der Organisation bezweckt und auch dem Kongreß vorgelegt werden wird.

Internationaler Arbeiterinnen-Kongreß in Genf (Oktober 1921).

Es wurde beschlossen, seitens des Bundes eine Delegation zu entsenden; die angeschlossenen Organisationen können nur unter bestimmten Bedingungen an dem Kongreß teilnehmen.

Besoldete Vorstandsmitglieder.

Dem nächsten Kongreß wird ein Antrag auf Vermehrung der besoldeten Vorstandsmitglieder vorgelegt werden.

Die Dritte Internationale.

Es wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß jene Organisationen, die der Dritten Internationale oder der sogenannten Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind, nicht zugleich der Amsterdamer Internationale angehören können.

Die Lage in Oberschlesien.

Bei Besprechung dieses Gegenstandes war ein Vertreter des polnischen Gewerkschaftsbundes anwesend.

Es wurde beschlossen, wiederum eine Kommission nach Oberschlesien zu entsenden, um daselbst die wirtschaftliche Seite der ober-schlesischen Frage zu untersuchen. Die Kommission soll im Juni ihre Untersuchung beginnen.

Gleichzeitig sprach sich der Vorstand gegen den im Augenblick in Oberschlesien herrschenden Terror aus.

Propaganda.

Es wurde beschlossen, die Propaganda in Nord- und Südamerika, Britisch-Indien, Japan und Australien kräftig in die Hand zu nehmen und wenn möglich Vertreter nach diesen Ländern zu entsenden.

Internationaler Kongreß.

Beschlissen wurde, den nächsten Internationalen Kongreß im November d. J. abzuhalten. Die Wahl des Ortes wurde dem Bureau übertragen.

Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Im Hinblick auf gewisse Gerüchte, wonach einzelne Regierungen den Artikel 23 des Friedensvertrages zu umgehen beabsichtigen, indem sie die Ernennung der Arbeitervertreter für die allgemeine Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes (November 1921) nicht mit Berücksichtigung der bestehenden Arbeiterorganisationen vornehmen wollen, wurde das Bureau beauftragt, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt in Verbindung zu setzen, um von ihm Garantien zu erhalten, daß die Ernennung respektiert werden wird.

Das Bureau wurde ferner beauftragt, sich mit allen angeschlossenen Gewerkschaftsverbänden ins Einvernehmen zu setzen, um, falls die oben erwähnten Gerüchte auf Richtigkeit beruhen sollten, scharfe Maßnahmen ergreifen zu können.

Gegen die Moskauer Internationale wurde folgende Resolution angenommen:

Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureaus gegenüber der auf die Zersplitterung der Arbeiterbewegung abzielenden Aktion seitens der Führer der Dritten Internationale.

Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat.

In der Erwägung, daß die beharrliche Aktion der Dritten Internationale die Reaktionsgefahr andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolution präzisiert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zersplitterungsaktion feststellt:

Daß das Prinzip der Einheit eine unerläßliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugestanden werden kann, zwei Internationalen zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Existenz und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerläßlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.

Wirtschaftspolitische Mundschau.

Die Erfüllung des Ultimatums. — Der Anteil am Ertrag der Industrie. — Industriemonopol. — Beteiligung der Arbeiter am Gewinn des Unternehmens. — Schieberhandel im Westen.

Im Reichstag hat die Debatte über die Regierungserklärung zu keinem klaren Ergebnis geführt über die Absichten, die innerhalb des Kabinetts bestehen, um die Lasten aufzubringen, die uns die Ententestaaten auferlegt haben. Nur soviel ließ sich aus der Erklärung des Reichskanzlers entnehmen, daß zunächst einmal versucht wird, mit neuen Steuern die großen Anforderungen zu decken. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese neuen Steuern — sie mögen in noch so großem Ausmaß angelegt werden — auch nicht entfernt die Summe aufbringen können, die zur Deckung der Ansprüche nötig sind. In den Kreisen der ruhig Urteilenden wird die Finanzlage so bewertet, daß neue Steuern nicht zur Lösung des Problems führen. Es müssen andere Einnahmequellen erschlossen werden; aber es wird auch unerträglich für die Sozialdemokratie, wenn sie in der Regierung die Verantwortung übernehmen soll für eine erhebliche Erhöhung der indirekten Besteuerung, ohne daß ein entsprechender Ausgleich gefunden wird für die Belastung des Besitzes. Die Vermögenswerte müssen an der Quelle erfaßt werden. Sobald die aus Industrie, Handel und Landwirtschaft entspringenden Erträge sich erst in die Kassenschränke der kapitalistischen Interessenten geflüchtet haben, ist der Zugriff der Steuerbehörde ein sehr schwieriger, wie alle bisherigen Erfahrungen dies bestätigen.

Natürlich ist in der Debatte im Reichstag der Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums, dem Reiche eine Beteiligung an den Unternehmungen in Landwirtschaft, städtischem Grundbesitz und Industrie, Handel und Verkehr zu gewähren, auf den entschiedensten Widerspruch der bürgerlichen Parteien gestoßen, die vom Standpunkt ihrer kapitalistischen Interessensvertretung diesen Forderungen fremd gegenüberstehen. Im kapitalistischen Betriebe darf von dem Standpunkte kapitalistischer Interessensvertretung eine Anteilnahme auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage nicht gestattet werden; denn jede Beteiligung in dem uneingeschränkten Streben nach Profit berührt die Grundfesten kapitalistischer Interessensvertretung. Allerdings wird man sich sehr bald darüber klar werden, daß es kaum einen anderen Weg gibt, wenn man die jetzt eingeschlagene Politik fortsetzen will. So sehr die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums angegriffen werden, ein Vorschlag, wie in anderer Form die Lösung der dem Kabinett gestellten Aufgaben möglich ist, ist von keiner Seite gegeben. Börgert das Kabinett, so wird es über kurz oder lang gedrängt werden, in dieser oder jener Form in die Kapitalwerte, die investiert sind in Grundbesitz, Banken und Verkehr, einzugreifen, um als Anleiher einen nicht unbeträchtlichen Ertrag zu ziehen.

Wie berechtigt diese Forderung ist, an der Umwandlung des heutigen Besitzes auf das Niveau der Papiermark mit Anteil zu nehmen, mag der Vorgang, der sich in einem der größten Berg- und Hüttenbetriebe, der Phönix-Aktiengesellschaft, vollzieht, darlegen. Diese Gesellschaft erhöht gegenwärtig ihr Grundkapital von 136 000 000 Mark auf 275 000 000 Mk. Dabei ist bestimmt, daß die neuen Aktien, die bereits vom 1. Juli 1921 am Gewinn teilnehmen, den Aktionären zum Kurse von 110 Proz. angeboten werden. Berücksichtigt man, daß

an der Börse die Aktien mit 700 Proz. gehandelt werden, so ist leicht ersichtlich, wie enorm groß das Geschenk für die Aktionäre bemessen ist. Diese Transaktionen, die einigen Leuten sehr reichlichen Vorteil unverdient in den Schoß werfen, sind bei dem gegenwärtigen Stand unserer Volkswirtschaft unerträglich. An dieser Umwertung des Werts muß die Finanzverwaltung durch einen dauernden Anteil am Ertrage der Unternehmungen beteiligt werden.

Ein zweiter Vorgang, der nicht minder vom gegenwärtigen kapitalistischen Standpunkt aus lehrreich darauf hinweist, welche überragende wirtschaftliche Stellung einige Unternehmungen erlangen, ist der Zusammenschluß, den die Leimgroßhändler mit der Aktiengesellschaft für chemische Produkte, vormals Scheidemantel, vollzogen haben. Dieser Konzern wird in der engen Lieferung als einer der größten Betriebe der Leimfabrikation sicherlich sehr bald den gesamten Leimmarkt beherrschen. Der Konzern ist nobel genug, den außenstehenden Interessenten den Beitritt zu ihrer Organisation zu gestatten. Vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt wird man die Absicht der Gesellschaft, bestimmte Marken in den Handel zu bringen, die in ihrem Wert gleichartig sind, durchaus begründen können, aber es bildet sich in diesem Zusammenschluß zu gleicher Zeit ein sehr einflußreiches Handels- und Produktionsmonopol auf privatkapitalistischer Grundlage. Wenn es einen Betrieb gibt, der für die Sozialisierung reif ist, dann ist es dieses Unternehmen, das schon heute den Markt vollständig beherrscht, und dem in der Konkurrenz nur noch eine kleine Zahl relativ untergeordneter Betriebe gegenübersteht.

Auch der Jahresbericht der Reichsbank gibt einen Hinweis, wie der Staat an den privaten Bankunternehmungen bei ihren Gewinnerträgen beteiligt werden kann. Der Geschäftsabluß der Reichsbank weist im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 53 000 000 Mk. auf, von dem an die Aktionäre 15 000 000 Mk. verteilt werden, während das Reich 32 000 000 Mk. erhält. Warum soll an den privaten Bankunternehmungen, die ja bereits in ihrem Einfluß sich zu unbeschränkten Beherrschern des Geldmarktes erhoben haben, nicht auch der Staat beteiligt werden?

In der Tschecho-Slowakei ist durch ein Gesetz die Gewinnbeteiligung der Arbeiter so geregelt, daß die beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Bergbau an der Verwaltung der Unternehmungen durch ihre Vertreter im Unternehmungsrat teilnehmen. Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Unternehmungsrat die vierteljährlichen Berichte über den Geschäftsbetrieb, die Jahresberichte, die Bilanzen und den Antrag auf Verteilung des Reingewinnes vorzulegen. Der den Arbeitern und Angestellten gebührende Gewinnanteil wird mit 10 Proz. des Reinertrages bemessen, der an die Aktienbesitzer oder an einen privaten Unternehmer fällt. Welche praktischen Ergebnisse dieses Gesetz zeitigen wird, muß abgewartet werden.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Erschwerungen unserer Ausfuhr besonders nach England und Frankreich durch die 50prozentige Ausfuhrabgabe zu einem starken Rückgang der deutschen Ausfuhr nach diesen Ländern geführt. Die Ausfuhr von Eisen ist sofort auf ungefähr ein Drittel gesunken. In der Gegenüberstellung der Ausfuhr von Eisen nach diesen beiden Ländern im März zum April ergibt sich das folgende:

Die Ausfuhr nach England betrug:	
im März	27,6 Millionen Mark
im April	8,2 " "
Frankreich:	
im März	36,4 Millionen Mark
im April	11,5 " "

Ganz anders gestaltet sich im Gegensatz hierzu der Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ausfuhr von Deutschland nach Amerika ist im April dieses Jahres auf 6,6 Millionen Dollar gestiegen und wies gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 307 000 Dollar auf. Die Einfuhr von Amerika ist im gleichen Monat auf 191 Millionen Dollar beziffert und steht gegenüber der Einfuhr im gleichen Monat des Vorjahres um 4,3 Millionen Dollar zurück. Da England bereits die 50prozentige Abgabe aufgehoben hat, so ist wohl zu erwarten, daß sehr bald wieder ein besseres Verhältnis zwischen dem deutschen und englischen Handel sich entwickelt.

Sehr übel sieht es in bezug auf den Warenverkehr noch immer im Westen aus. Wie vor kurzem berichtet wurde, etabliert sich hier wieder ein umfangreicher Schieberhandel, der insbesondere in Gms, wo die französische Behörde die Ein- und Ausfuhrerlaubnis in der Hand hat, sein Unwesen treibt. In letzter Zeit haben sich in Gms Bureaus aufgetan, die die ungehinderte Einfuhr von Waren aus dem Ausland betreiben und vermitteln. Es werden weiter nicht unbeträchtliche Mengen an Waren, die bisher der Einfuhr ge-

sperret waren, aus Frankreich herüber gebracht. Volkswirtschaftlich eine unglaubliche Kurzsichtigkeit, auch vom Standpunkt der französischen Regierung, denn sie müßte erkennen, daß die großen Zahlungsverpflichtungen, die Deutschland damit eingeht, uns in der Zahlungsmöglichkeit der Reparationsleistungen schwächen. Leider ist dort, wie bei uns, die Erkenntnis nicht an eine objektive Betrachtung der Vorgänge geknüpft, sondern sie steht unter starken kapitalistischen Interessen, die nicht der Allgemeinheit dienen, sondern ihre unmittelbaren persönlichen Vorteile in den Vordergrund stellen.

Die Tuberkulosesterblichkeit im Deutschen Reich.

Der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik“ entnehmen wir über die Zunahme der Erkrankungen und Sterbefälle an Tuberkulose folgendes:

Die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts begonnene systematische Bekämpfung der Tuberkulosesterblichkeit im Deutschen Reich hat im letzten Jahrzehnt zu sehr erfreulichen Ergebnissen geführt. Während noch im Jahre 1895 123 195 Personen an Tuberkulose, davon 113 786 an Lungentuberkulose, im Deutschen Reich (ohne Elsaß-Lothringen und die beiden Mecklenburg) starben, hatte sich die Zahl der Sterbefälle im Jahre 1913 im gleichen Gebiete auf 94 927 gesenkt. Auf je 10 000 Lebende berechnet, bedeutet das eine Verminderung von 24,9 auf 16,0 Todesfälle. Mit Kriegsausbruch begann die Zahl der Sterbefälle wieder zu steigen. Im Jahre 1916 hatte sie bereits wieder die Höhe von 105 117 erreicht. Das Einsetzen der Blockade mit ihren schädigenden Wirkungen auf die Volksernährung und Gesundheit, die große Kälte zu Beginn des Jahres 1917 im Verein mit der Kohlennot und die Influenzaepidemie im Jahre 1918 führten weiter zu schnellem Wachstum, nämlich bis auf 147 300 Sterbefälle im Jahre 1918. Auf je 10 000 Lebende starben in Preußen im Jahre 1913 13,65 an Tuberkulose, im Jahre 1918 20,00, im Jahre 1919 21,53.

In Bayern betragen diese Zahlen 1913 17,7, 1918 20,4;
in Sachsen 1913 12,92, 1918 23,84;
in Baden 1913 18,5, 1918 22,75;
in Berlin 1913 18,44, 1918 31,98;
in München 1913 20,7, 1918 25,0.

Aus unserem Beruf.

Zur Geschäftslage in der feinkeramischen Industrie im Monat Mai wird von seiten der Industriellen gesagt:

Die Porzellangeschirr-Industrie war noch leidlich beschäftigt. Ihre Erzeugnisse fanden auch im Auslande guten Absatz; nur nach den Ländern, die die Exportabgabe eingeführt haben, zeigten sich noch Schwierigkeiten; die Herstellungskosten sind weiter gestiegen. Mit Sorg sieht man einem Rückgang des Ausfuhrgeschäftes entgegen, weil es dann nicht möglich sein wird, die Inlandspreise auf dem bisherigen verhältnismäßig niedrigen Stande zu halten.

Die Lugsporzellan-Industrie hat noch eine weitere Verschlechterung des Geschäfts zu beklagen. Das Auslandsgeschäft war sehr gering, da infolge der großen Unklarheiten über die Sanktionen die Hauptabnahmekländer Aufträge nicht erteilten. Die Fabriken sahen sich daher zum großen Teile genötigt, ihre Betriebe weiter einzuschränken, teilweise sogar völlig zu schließen.

Für die Industrie elektro-technischer Porzellane hat sich die wirtschaftliche Lage nicht gebessert. In verschiedenen Fabriken mußten Betriebseinschränkungen vorgenommen werden.

Die Steingutindustrie war noch leidlich beschäftigt, doch mehrten sich, sowohl im Auslande wie im Inlande, die Schwierigkeiten des Absatzes der verhältnismäßig beschränkten Produktion. Auch in diesem Industriezweig zeigten sich bereits Unterbietungen in den Preisen, was auf die Zunahme der Absatzschwierigkeiten weist.

Der Arbeitsmarkt im April zeigte im allgemeinen, auch in unserem Beruf, eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat. Die Zahl der Arbeitslosen in den Arbeitersachverbänden betrug Ende April 217 307 oder 3,9 v. H. gegen 3,7 v. H. im Vormonat. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche betrug am 1. Mai 400 097 und war um 15 739 geringer als am 1. April, obwohl in Landwirtschaft und Baugewerbe infolge des günstigen Wetters sich vermehrte Arbeitsgelegenheit bot. In diesen Zahlen scheinen die Wirkungen der Sanktionspolitik zum Ausdruck zu kommen.

In unserem Berufe waren arbeitslos Ende April 1295 männliche oder 4,3 v. H., 1217 weibliche oder 5,0 v. H., zusammen 2476 Mitglieder oder 4,6 v. H. Im März waren arbeitslos 3,4 v. H. männliche und 2,6 v. H. weibliche Mitglieder, zusammen 3,0 v. H. Diese Zahlen beweisen, daß insbesondere bei unseren weiblichen Mit-

gliedern ein starkes Anschwellen der Arbeitslosenziffer zu beobachten ist. Die bei der Zählung Ende April ermittelte Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug 60 215.

Gewerkschaftliches.

Die belgische Gewerkschaftszentrale hat sich in Durchführung der Resolution des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit aller Entschiedenheit gegen die von kommunistischer Seite geplanten Spaltungsversuche ausgesprochen. Die belgische politische Arbeiterbewegung, die bis jetzt noch einheitslich war, ist durch den Austritt der Kommunisten gespalten worden. Letztere haben offen erklärt, das System der kommunistischen Zellen nunmehr auch in den Gewerkschaften zur Anwendung zu bringen. Die belgische Gewerkschaftszentrale hat demgegenüber beschlossen, jeden derartigen Versuch mit den schärfsten Mitteln zurückzuweisen; sie billigt ausdrücklich den Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Alle der Zentrale angeschlossenen Organisationen werden aufgefordert, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen gegen jene zu ergreifen, die versuchen sollten, die vollkommene Einigkeit der belgischen Gewerkschaften zu unterminieren.

Vermischtes.

Das 2. Arbeiter-Turn- und Sportfest des 4. Kreises (Sachsen) am 6., 7. und 8. August in Dresden wird das größte sein, was bisher im Arbeiter-Turn- und Sportbund gefeiert wurde. Mit 10 000 Freilübungsturnern wird bestimmt gerechnet. Zum 1. Kreistest 1910 in Chemnitz marschierten 5000 Mann auf. Die gewaltige Zunahme an neuen und ehemals der Deutschen Turnerschaft zugehörigen Vereinen wird den Arbeiter-Turn- und Sportbund in Sachsen in einem Ausmaß zeigen, wie ihn andere Sportorganisationen nicht größer zu zeigen vermögen. Die dem Arbeitersport freundlich gesinnten Kollegen, die zur Zeit des Festes Ferien haben, werden die Anregung einer Ferienreise nach Dresden ganz gewiß begrüßen. Anschließend an das Fest finden Wanderungen, die die herrlichsten Punkte der Sächsischen Schweiz berühren, unter kundiger Führung statt. Anfragen richtet man an Kurt Beschke, Dresden-N., Concordienstr. 59, 2.

Versammlungsberichte.

Arnstadt. Versammlung vom 30. Mai 1921. Dem Kartellbericht ist zu entnehmen, daß die Arbeitsnachweise in einheitliche Arbeitsämter umgebildet werden sollen; auch sollen Bezirks-Sekretariate geschaffen werden. Außerdem war noch zu erwähnen, daß pro Kopf 40 Pf. im Jahr vom Kartell erhoben werden sollen. Kollege Gräf berichtet, daß die Kartelldelegierten ihren Pflichten zum Besten der Versammlungen und Sitzungen nicht genügend nachkamen. In einer Extraführung fehlten die Delegierten, trotzdem sehr wichtige Punkte zur Verhandlung kamen. Kollege Gräf gibt nun einen Bericht von dieser Sitzung. Besonders wird auf die Schlichtungsordnung, §§ 3 und 55, hingewiesen. Sodann kam die Lokalfrage zur Sprache. Da der „Schwarzbürger Hof“ durch Kauf in die Hände der Landwirte übergegangen ist, müssen die Gewerkschaften ein anderes Unternehmern suchen. Das Gewerkschaftsfest soll voraussichtlich am 7. Juli gefeiert werden. Sodann wird nochmals beschlossen, den Kollegen Herzer zu einem Vortrag zum 13. Juni aufzufordern. Außerdem gibt Kollege Gräf noch den Abrechnungsbericht über die Mai-feier bekannt. Ein Antrag, einen Aufruf in der „Ameise“ zu veröffentlichen für den Kollegen Fischer, wird einstimmig angenommen. Eine längere, sehr aufgeregte Debatte entspinnt sich über die Firma Harbord & Baudorf, bezw. gegen den Betriebsrat der Firma. Es wird ein Antrag angenommen, die Angelegenheit genau zu prüfen. Von Tischentruth war eine Sammelliste zur Steuerung der Wohnungsmiete eingegangen; jedoch wird dieselbe zurückgeschickt, da wir hier an derselben Krankheit leiden. Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit dem Wunsche, recht zahlreich den Vortrag des Kollegen Herzer zu besuchen.

Duisdorf. Am 1. Juni hielt die hiesige Zahlstelle ihre Monatsversammlung ab. Zu Punkt 1 erstattete der Kassierer Bericht über den Kassenbestand des 1. Quartals, worauf demselben Entlastung erteilt wurde. Hierauf erhielt der Vorleiter, Kollege Zahn, das Wort. Derselbe sprach über das Wirtschaftsleben und das Verhalten der Unternehmern in letzter Zeit. Daß der Arbeiter einer bewegten Zeit entgegengehe, unterliege keinem Zweifel. Das Motto der Kapitalisten sei: „Der Arbeiter muß mehr arbeiten und weniger verdienen“. Hier und da kann man auch schon derartige Zumutungen den Arbeitern gegenüber erfahren. Als sehr traurig ist wohl zu bezeichnen, daß es immer noch Arbeiter gibt, die sich derartigen Anforderungen des Unternehmerns unterwerfen. Es kommt dies aber einzeln und selten vor, weil viele Arbeiter gewerkschaftlich noch viel zu wenig geschult sind. Jeder Arbeiter soll und muß sich seiner Pflicht bewußt sein, und dazu gehört in erster Linie volles Zutritt zu der Organisation. Eben weil der Arbeiter sich so wenig um die Organisation kümmert, weiß er sich seiner rechtlichen Rechte nicht zu bedienen. So darf es nicht weiter gehen, denn Arbeit des Arbeiters heißt: die Kasse aus der Hand legen.

Eine solche Diskussion ließ erkennen, daß die Anwesenden die Lage erfaßten und bereit sind, in schlimmer Zeit trenn zur Gewerkschaft zu stehen. Im Laufe der Diskussion wurde dann auch das Verhalten der Angestellten der Westdeutschen Porzellanfabrik Duisdorf den Arbeitern gegenüber getadelt. Es wäre sehr zu wünschen,

wenn die Angestellten sich mit den Arbeitern etwas mehr solidarisch erklärten.

Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde angeregt und beschlossen, die Zahlstelle sich eine Bibliothek anschaffen soll, damit die Mitglieder sich auch geistig für das freie gewerkschaftliche Leben ausbilden können.

Freiberg. Versammlung vom 30. Mai d. J. Der Besuch der Zahlstellenversammlung war so ungemein schlecht, daß man meinte, den Kollegen und Kolleginnen in Freiberg hängt der Himmel voller Geigen. Aber gerade das Gegenteil ist hier der Fall. Hintereinander wird auf die schlechten Verdienste, auf den Verband, auf den Betriebsrat und auf alles mögliche gewettert und geschimpft, aber die Versammlung besucht und dort mit Mut und Energie ihre Klagen und Beschwerden vorzubringen, fällt natürlich den Mitgliedern nicht ein. Immer sieht man nur dieselben Gesichter. Von über 600 Mitgliedern sind es 80 bis 100, die die Versammlungen besuchen. Es ist also kein Wunder, wenn es anstatt vorwärts immer rückwärts geht. Vom Schriftführer wird das Protokoll von der Gaukonferenz in Dresden verlesen. Es entspinnt sich darüber eine kurze Aussprache. Besonderer Wert wird auf das Lehrlingswesen gelegt. Von einem Kollegen wird gleich anschließend das Lehrlingswesen im hiesigen Betrieb zur Sprache gebracht und von ihm an den Betriebsrat die Frage gestellt, wie es möglich ist, daß ein Lehrvertrag zustande kommen kann, wonach die Lehrlinge in der Dreherei im ersten halben Jahre mit 20 Pf., in jedem folgenden halben Jahr mit 10 Pf. mehr und im letzten halben Jahre mit 90 Pf. pro Stunde entlohnt werden. Dieses dürfte wohl einzig dastehen in der gesamten Porzellanindustrie. Der Betriebsrat erklärt, daß er dabei keinen Einfluß habe. Der Lehrvertrag wird von der Direktion ausgefertigt.

Der Kassierer gibt den Kassenbericht; von den Revisoren wird die Richtigkeit bestätigt. Der Vorsitzende macht die Mitglieder auf eine von der Aktiengesellschaft Kahla für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen ins Leben gerufene Wohlfahrtskasse aufmerksam und verliest die Satzung derselben. Aus diesen ist hervorzuheben, daß das Kapital 1 1/2 Mill. Mk. beträgt und in diese Summe sich die Fabriken Kahla, Hermsdorf, Freiburg und Zwickau teilen. Sodann wird noch ein Kollege (Lorenz, Dreher) in die Kommission der Wohlfahrtskasse einstimmig gewählt.

Hierauf macht der Vorsitzende auf die Neuzusammensetzung des Kartells aufmerksam.

Ein Kollege bringt die Resolution der Zahlstelle „Kassa zur Kenntnis“, betreffend „Bezahlung der kirchlichen Wochenbezüge“. Die Versammlung schließt sich dieser Resolution einstimmig an und erwartet vom Hauptvorstand bei den nächsten Verhandlungen eine endgültige Regelung dieser Angelegenheit. Ein anderer Kollege stellt den Antrag auf gleiche Bezahlung für Ledige wie für Verheiratete und ersucht die Mitglieder, für folgende Resolution zu stimmen, die einstimmig angenommen wurde:

Die heutige Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Freiberg richtet an den Hauptvorstand das dringende Ersuchen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die ledigen Mitglieder genau dieselben prozentualen Lohnzuschläge erhalten, wie die verheirateten. Gleiches Recht für alle.

Einem kranken Mitglied wurde auf Antrag eines Kollegen eine Unterstützung gewährt. Angefragt wird, wie es kommt, daß in Freiberg verschiedene Fabriken Tag und Nacht arbeiten. Der Vorsitzende erklärt, sich darüber beim Kartell Aufklärung zu verschaffen.

Es entspinnt sich noch eine lebhafteste Debatte über eine größere Anzahl von Entlassungen in der Stanzerei und im Glühhaal. Der Betriebsrat erklärt, das habe sich ergeben aus Mangel an Aufträgen. Von einem Kollegen wird noch die Tätigkeit des Betriebsrates scharf bemängelt. Es entspinnt sich darüber ebenfalls eine lebhafteste Debatte, woraus hauptsächlich hervorzuheben ist, daß der Betriebsrat mit den Arbeitern viel zu wenig Fühlung nimmt, daher auch die ungesunden Verhältnisse in die Betriebe kommen. Der Kollege ermahnt noch die Mitglieder, in Zukunft mehr denn je auf der Hut zu sein und die Augen offen zu halten. Er verlangt vom Betriebsrat ein zielbewußtes Auftreten und eine bessere Fühlungnahme mit den Mitgliedern. Der Vorsitzende wünscht, daß auch die hiesige Zahlstelle einen Beitrag zum Bau des Volkshauses in Leipzig eingeben möchte, was von den Mitgliedern gutgeheißen wurde. Der abzuführende Betrag wird erst noch bestimmt. Dann folgt noch eine kleine Aussprache über verschiedene Unregelmäßigkeiten im Lohnwesen, worunter hauptsächlich die im Stundenlohn Beschäftigten stark zu leiden haben. Darauf schließt der Vorsitzende mit mahnenden und treffenden Worten die Versammlung.

Hermsdorf (S.-A.). Zahlstellenversammlung. Wiederum hat der Tod Umschau gehalten und die Frau unseres Kollegen Franz Prüfer hinweggerafft. Durch Erheben von den Plätzen ehrt die Versammlung das Andenken der teuren Verstorbenen. — Von dem 25-jährigen Jubiläum unseres Verbandsvorsitzenden wird Kenntnis genommen. Alle Mitglieder der Zahlstelle sind sich bewußt, daß der Kollege Wollmann opfervolle und arbeitsreiche Jahre hinter sich hat, und die Versammlung konnte nicht umhin, dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, daß der Kollege Wollmann uns noch recht lange erhalten bleiben möge. Ein Geschenk an den Verbandsvorsitzenden soll den materiellen Dank der Hermsdorfer Zahlstelle verhältnismäßig. — In die Provisorkommission der Dreherei wird ein Genosse an Stelle eines freiwillig ausgeschiedenen Kollegen gewählt. — Alsdann erstattete der Geschäftsführer den Kassenbericht; der zu einem Antrag an den Hauptvorstand Veranlassung gab. Der Berichterstatter beschränkte sich nicht auf die formalen Zahlen allein, sondern erklärte eingehend die finanzielle Kampfkraft unserer Organisation. Es ist im Gegensatz zu anderen freien Gewerkschaften in unserem Verbandsgebiet üblich, die Unterstützung für Kranke und Arbeitslose möglichst hoch zu gestalten, um die Mitglieder vor der größten Not zu bewahren. Im ersten Quartal hatten wir 86 Kranke, welche für 1289 Tage insgesamt 7033,90 Mk. Krankengeldunterstützung bezogen. Durch die vereinbarten Richtlinien im Betriebe über Einstellung und Entlassung hatte die Zahlstelle auch sechs Arbeitslose, welche für 142 Tage 983,70 Mk. Unterstützung bezogen. Es sind dies meist jungverheiratete Frauen, die bei ihrer Verheiratung ihre Beschäftigung einstellen müssen. Auch an Sterbegeldunterstützung

...müßte der Verband 340 Mk. zahlen. Diese gesamten Unterstützungs-
summen in Höhe von 8357,60 Mk. machen über ein Viertel der Quar-
talsentnahme der Zahlstelle aus. Es kann ohne weiteres angenommen
werden, daß durch die Erhöhung der Unterstützungssätze am 30. De-
zember 1920 ein solches Ausgabeverhältnis in den überaus meisten
Zahlstellen bestehen dürfte. Damit ist uns aber als Gewerkschaftler
nicht gedient. Es genügt nicht, daß der Geist unserer Mitglieder ein
guter ist; zur Stärkung und zu höchster Aktivität der Kampfkraft un-
seres Verbandes muß auch eine gute und starke finanzielle Grundlage
vorhanden sein, wenn wir die errungenen Positionen für immer ver-
stärken und die gegnerische Front aufröhlen wollen. In unserer Zahl-
stelle kann festgestellt werden, daß nur noch wenige Mitglieder den
Beitrag von 3,20 Mk. zahlen. Fast alle männlichen Kollegen haben er-
kannt, daß der Verband finanziell gestärkt werden muß und zahlen
den zurzeit höchsten Beitrag. Betrachten wir uns aber die Beitrags-
summen, so ist das Verhältnis zur Vorkriegszeit ein überaus ungen-
ügendes. Es war vor dem Kriege allgemeiner Brauch in den deutschen
Gewerkschaften, daß der wöchentliche Beitrag das Aderthalb- bis Zwei-
fache des Stundenlohnes betrug. Heute ist das Prozentverhältnis auf
teilweise $\frac{1}{3}$ des Stundenlohnes zurückgegangen. Ganz spontan wirft
sich von selbst die Frage auf: Kann das so weiter gehen? Hat der
Verband für die Zukunft noch die unbedingt notwendige Aktionskraft?
Wir Sozialisten wissen, geschult durch die Erkenntnis des historischen
Materialismus, daß das Kräfteverhältnis zweier Gegner abhängig ist
von ihrer ökonomischen Stärke, und wenn wir uns vergegenwärtigen,
daß die augenblicklichen Aussperrungen im mitteldeutschen Baugewerbe
nur der Auftakt größerer wirtschaftlicher Kämpfe darstellen, dann
haben wir unsere eigenen Voraussetzungen zur Aktivität zu prüfen.
Bei dieser leidenschaftslosen und objektiven Beurteilung unserer
Kampfkraft kommen wir zu dem Schluß, daß, wie das gesamte Un-
ternehmertum in der deutschen Industrie sich rüstet, wir nicht mit
verringerten Kräften zusehen dürfen. Wir müssen rüsten! Das ist
das Gebot unserer Selbsterhaltung! Ganz gleich, ob für den Angriff
oder für die Abwehr! Die ökonomischen Verhältnisse in Deutschland
spielen sich immer mehr zu. Voraussetzlich hat die deutsche Arbeiter-
schaft das zweifelhafte Vergnügen, die Reparationskosten zu erschüttern.
Die Bourgeoisie versteht infolge ihrer durchschnittlichen geistigen
Ueberlegenheit und durch den Besitz der Produktionsmittel, die Ar-
beiterschaft zu knebeln. Wir dürfen nicht mehr als wie bisher gleich-
gültig und interesselos die wirtschaftlichen Zustände betrachten, sondern
wir müssen lernen, die Dinge scharf zu beobachten, und dabei werden
wir erkennen, daß in den Angriffen der deutschen Bourgeoisie System
enthalten ist, denn alle diese Angriffe haben ein Ziel im Hintergrund:
Beseitigung des Achtstundentages und Lohnabbau, und damit die voll-
ständige Verklavung der Arbeiterschaft. Diese Verklavung wird als-
dann Formen annehmen, wie sie im Innern Afrikas oder auf den süd-
amerikanischen Kantakulinseln anzutreffen sind. Das ist nicht zu
schwarz gemalt. Die ökonomischen Verhältnisse schaffen eine solche ka-
pitalistische Entwicklungsmöglichkeit, wenn die deutsche Arbeiterschaft
noch so weiter duselt, als wie sie bisher geschlafen hat.

In Anbetracht dieser Situation wurde aus der Mitte der Zahl-
stellenversammlung beantragt und einstimmig angenommen, dem
Hauptvorstand den Antrag zu unterbreiten, durch
Mitgliederabstimmung eine Erhöhung der Beiträge
vorzunehmen und neue, weit höhere Beitrags-
klassen einzuführen, jedoch mindestens in der Höhe, welche
dem $\frac{1}{2}$ fachen Betrag eines Stundenlohnes entspricht. Mit Recht
wurde betont, daß wir nicht warten können, bis die ordentliche Gene-
ralversammlung einberufen wird, denn bis dahin fließt noch viel
Wasser ins Meer. Vielmehr haben wir die dringende Aufgabe, die
Mitglieder des Verbandes wachzurütteln, damit sie die drohenden Ge-
fahren der nahen Zukunft erkennen und den kommenden Dingen offen
ins Gesicht zu sehen vermögen. Das bisherige Vogelstrauchversteckspielen
in den deutschen Gewerkschaften muß endlich einmal aufhören und die
Kämpfungen zu nicht vermeidbaren Klassenkonflikten müssen durchgeführt
werden, dann werden wir dem Unternehmertum die Stirn bieten
können und alle feindlichen Angriffe werden an unserer Stärke zer-
schellen. In der Erkenntnis, daß gerade die Porzellanarbeiter als
ausgesprochene besitzlose Schicht der Gesellschaft den deutschen Gewerk-
schaften mit gutem Beispiel vorangehen sollen, bitten wir alle Zahl-
stellen, unseren Antrag zu diskutieren und zu unterstützen. Seid be-
reit zum Gefecht! Stärkt die Kampfkraft unseres Verbandes! —
Außer dem Bericht des Arbeiterrates wurden die Statuten der „Ar-
beiter-Wohlfahrtskasse“ des Stahlkonzerns durchbesprochen. Wenn auch
die Arbeiterschaft im Verhältnis zu den Ueberschüssen des Konzerns
nur einen Bruchteil ihres erzeugten Mehrwertes zurück erhält, so
müssen wir doch von der Kasse weitgehend Gebrauch machen, um das
übergroße Elend bei manchem kranken und invaliden Kollegen lindern
zu helfen. — Zum Schluß der Versammlung wurden noch geschäftliche
Mitteilungen bekanntgegeben. — Ein Teil der Kollegenschaft war nicht
in der Versammlung anwesend. Wir müssen aber Wert darauf legen,
daß auch nicht ein Mitglied fern bleibt. Laßt doch im Sommer einmal
im Monat eure häusliche Arbeit ruhen und besucht eure Verbandsver-
sammlung, heißt mitraten und -taten für eure Existenz!

Kronach. Versammlung vom 2. Juni. Vor Eintritt in die
Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der am 6. Mai
verstorbenen Kollegin Josefine Bernschneider in üblicher Weise. Der
Vorsitzende begrüßte den schon lange nicht mehr gewesenen Gauleiter
Kollegen Bredow aus Marktredwitz, der zunächst das Wort erhielt zum
Vortrag über: „Wirtschaftslage und Lohnforderungen.“ Schon in
seinen ersten Ausführungen konnte die Versammlung ein klares Bild
vom Weltmarkt erhalten, wie da schon seit Jahrzehnten gearbeitet
wurde, das ist, ja, sogar sehr oft zum Schaden der arbeitenden Be-
völkerung war. Redner wies an der Hand einiger Beispiele nach,
wie sich die elektrische Industrie entwickelte und wie es die Kapitalisten
verstanden haben und heute noch verstehen, riesige Gewinne zu er-
zielen, daß sogar Firmen vorhanden sind, die eine Million Valuta-
gewinne in einem Monat einlachten. Einerseits sieht man, wie das
Geld nur zur Schlot hin- und dort, andererseits infolge der emimenten
Konzentration zeigen die Unternehmer stets noch kein großes Entgegen-

kommen. Dieses ging so weit, daß die arbeitenden Klassen der immer
weiter um sich greifenden Tuberkulose kein Halt mehr bieten können.
Redner wies bei dieser Gelegenheit auf den Wert einer guten Organi-
sation, sowie guter Betriebsräte hin. Durch Gesetze über Betriebsräte
und Tarifwesen ist und wird der Arbeiterschaft für die Zukunft eine
neue Bahn geschaffen. Darum ist es Pflicht eines jeden einzelnen, für
diese Rechte einzutreten. Durch einmütige Geschlossenheit bietet man
den besten Widerstand. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine fast
zweistündigen Ausführungen. In der Diskussion kritisierte Kollege
Weber das sehr lange Ausbleiben des Kollegen Bredow und gab dabei
seinem Wunsche dahin Ausdruck, daß sich Kollege Bredow öfter nach
uns umsehen möchte. Kollege Weber hob auch hervor, wie sich die Un-
ternehmer nur mit den tariflichen Mindestlöhnen befassen, wo es doch
ausdrücklich Mindestlöhne und nicht Höchstlöhne heißt. So steht also
nach oben hin der Himmel offen.

In bezug auf Lohnabbau kann sich der Redner nicht genug ver-
wahren, wo doch nachweislich alle Lebens- und Bedarfsartikel neuer-
dings eine Preiserhöhung erfahren. In demselben Sinne äußerte sich
Kollege Fiedler, daß alles darangesetzt werden muß, um einen Lohn-
abbau zu verhindern. Lohnabbau bedeute Nord an der Arbeiterschaft.
Der Vorsitzende brachte eine interessante Angelegenheit aus der Me-
tallindustrie in bezug auf Lohnabbau zur Sprache, ebenso geißelte er
das Verhalten der Unternehmer aufs schärfste. Ein weiterer Fall
zeigt, daß es jetzt, im Jahre 1921, schon Direktoren in der Porzellan-
industrie gibt, die vollständig medizinisch gebildet, die sogar in der Lage
sind, über den Gesundheitszustand der Belegschaft ihres Betriebes fach-
wissenschaftliche Angaben zu machen. Sie freuen sich natürlich, daß
sich die ganze Belegschaft der besten Gesundheit erfreut. Von ärztlicher
Seite wird heute noch dem Porzellaner ein anderes Zeugnis aus-
gestellt. Soweit ist jetzt die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie ge-
kommen, daß in einem Betriebe eine Revierstube errichtet wird, selbst-
verständlich auch der zuständige Betriebschef zum Chefarzt ernannt
wird. Kollege Berand fordert auf zu einer straffen Organisation
und weist auf die rücksichtslose Arbeiterausbeutung hin, die die Unter-
nehmer seit jeher betrieben. — Ueberstunden können und dürfen nur
im Einverständnis der Betriebsräte gemacht werden (siehe § 14 des
Reichstarifes). — Auf Anfrage des Kollegen Moser, wo eigentlich der
Verhandlungsdirektor Herr Dr. Schneider so lange bleibt, konnte Kol-
lege Weber kurz erklären, daß Herr Dr. Schneider auf Erholung in
Bozen war und nun zurückgekehrt ist.

Nach Schluß der Debatte gab der Vorsitzende das 25 jährige
Dienstjubiläum des Vorsitzenden Wollmann bekannt. Die Zahlstelle
Kronach bringt zum Ausdruck, daß unser Kollege Wollmann noch eine
ganze Reihe von Jahren an der Spitze des Porzellanarbeiterverbandes
marschieren möge. Die Zahlstelle gratuliert aufs herzlichste.

Der Vorsitzende wies noch auf das kommende Gewerkschaftsfest
in Burgkunstadt hin, welches am 10. d. M. stattfindet. Betont wird
besonders dabei, daß die wichtige Tagesfrage einen unbedingten
Zusammenschluß der Arbeiterschaft finden muß. Mögen auch, so bedauer-
lich die Tatsache ist, die politischen Parteien verschiedene Richtungen
gehen, so haben wir doch den großen Drang in uns, gewerkschaftlich
eine derartige feste Mauer zu bilden, an der das ausbeutende
Kapital zerbrechen muß. Der Vorsitzende fordert die Versammlung
auf, alle Saumseligkeiten beiseite zu legen und ein großes Ganzes zu
bilden. Die Worte des altbewährten Führers Marx belegen: „Die Be-
freiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst
sein.“ Damit fand die anregend verlaufene und aufklärend wirkende
Versammlung ihr Ende.

Schirnding. In unserer letzten Zahlstellenversammlung wurden
folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Der Verbandsvorstand wird ersucht, bei den demnächst statt-
findenden Lohnverhandlungen einen von Unternehmerseite angestrebten
Lohnabbau entschieden abzulehnen. Es sollen vielmehr die vom Ver-
bandsvorstand bei den Verhandlungen am 17. März aufgestellten For-
derungen durchgesetzt werden.

Begründung: Es kann von einer Verbilligung von Lebens-
mitteln, sowie allen anderen Bedarfsartikeln keine Rede sein. Im
Gegenteil, es sind nachweisbar verschiedene Lebensmittel und Ge-
brauchsartikel in letzter Zeit im Preise bedeutend gestiegen.

2. Dahin zu wirken, daß an Stelle der zurzeit bestehenden vier
nur zwei Altersklassen bleiben.

Begründung: Um eine vorzugsweise Einstellung ganz jugend-
licher Arbeiter hintanzuhalten.

3. Die soziale Zulage soll prozentual auf die derzeitigen Löhne
hinzugeschlagen werden.

Begründung: Die Einführung der sozialen Zulage in ihrer
jetzigen Form hat in den Reihen der Mitglieder nicht anwesentliche
Kritik hervorgerufen, da die hierdurch leer ausgehenden Mitglieder sich
als solche zweiter Klasse erachten.

Tettau. In unserer Versammlung vom 1. Juni war Gauleiter
Bredow anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der
Vorsitzende des 25 jährigen Jubiläums des Verbandsvorsitzenden Woll-
mann und widmete diesem ehrende Worte der Anerkennung. Die Ver-
sammlung erhob sich zu Ehren des von den Eigen. Ein Malerkollege
wurde beauftragt, ein Ehrendiplom anzufertigen, das dem Genossen
Wollmann noch zugesandt werden soll. — An Stelle des von hier ver-
zogenen Schriftführers wird Willy Eckardt gewählt. Dierauf hielt
Kollege Bredow einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die
gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Die interessanten Ausführungen
würden wert gewesen, von allen hiesigen Mitgliedern gehört zu werden.
Leider war die Versammlung aber nur sehr mäßig besucht. In der
Kassenangelegenheit schließt sich die Versammlung einem Vorschlage
der Verwaltung an. Ferner wird noch beschlossen, an Stelle eines
Ausfluges ein Waldfest auf dem Wiebberge abzuhalten. Das Nähere
hierzu soll der Verwaltung überlassen bleiben. Der Verbandschrift-
führer soll für eine der nächsten Versammlungen als Redner ge-
wonnen werden.

Literarisches.

Die englischen Arbeiter gegen die Entlohnungsforforderungen. Preis 1,25 M. L. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 63, Lindenstr. 3.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Dienstag, 28. Juni, nachm. 5 Uhr, bei Wolkschläger, Adalbertstr. 21. Stellungnahme zum Tarifvertrag.

Figurenbrande. Mittwoch, 6. Juli, nachm. 5 Uhr, bei Wolkschläger.

Frankfurt a. Main. Sonnabend, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Klemm, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56. Kollegen, die aus zwingenden Gründen nicht an der Versammlung teilnehmen können, wollen die Beiträge für das 2. Quartal umgehend an den Kassierer senden.

Gräfenhain. Sonnabend, 2. Juli, im Gasthof „Zum Steiger“.

Almenau. Montag, den 27. Juni, nachmittags 1/5 Uhr, in der Hofenan.

Magdeburg. Donnerstag, 7. Juli, abends pünktlich 1/8 Uhr, im Wintergarten, Friedrichsplatz.

Tiefenfurt. Sonnabend, 2. Juli, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Köln a. Rh. Revisor: Mathias Schweigler, Rippes, Schwerinstraße 8.

Müscheln. Vorsitzender: Otto Donner, Hauptstr. 44.

Peterwitz b. Frankenstein i. Schles. Kassierer: Hermann Niesel, Lampersdorf Nr. 22.

Briefkasten.

Versammlungsberichte von Gräfenhain und Rudolfsstadt wegen Raummangel zurückgestellt.

Sterbetafel.

Gräfenhain (Schmiedefeld.) Max Korn, Maler, geboren am 13. November 1868, gestorben am 31. Mai an Scharlachfieber. Mitglied seit 1920.

Schlierbach. Konrad Schlöcher, Former, geboren am 4. Juni 1865, gestorben am 11. Juni 1921 an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Schönwald. Erhard Benker, Massefchläger, geboren am 30. Mai 1866 zu Delitzsch, gestorben am 12. Mai an Blutvergiftung und Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer!

Die (gelbe) Zahlkarte für die Arbeitslohnzahlung für das zweite Quartal ist am Sonnabend, den 25. Juni, anzufertigen und bis spätestens 4. Juli an das Verbandsbureau einzusenden.

Die Kassierer werden ersucht, diese Zahlkarte nicht den an die Hauptkasse geschickten Kassenscheinen beizulegen, weil letztere nicht sofort bearbeitet werden können, demzufolge die beigelegten Karten zu spät darin gefunden werden.

Für Monat Mai sandten die Zahlkarte zu spät ein die Zahlstellen: Geringswalde, Mengersgeroth und Naila.

Gar keine Karte eingekandt haben die Zahlstellen: Chemnitz, Goldlauter, Lampringe, Mainleus, Mühlader, Osterode a. S., Peterwitz und Schwarzenberg.

Das Verbandsbureau.

Gräfenhain.

Wegen Inventur und Instandsetzen der Bibliothek werden in der Zeit vom 29. Juni bis 27. Juli Bücher nicht ausgegeben. Geliebene Bücher sind bis spätestens den 29. Juni abzuliefern.

Die Zahlstellenverwaltung. J. A.: A. Erbmann.

Magdeburg.

Der diesmalige Quartalsabschluss wird am 26. Juni fertiggestellt und bitte ich dringend, bis dahin alle Restbeiträge zu begleichen.

Albert Schlegelmilch, Kassierer, Speicherstr. 20, S. part.

Zahlstelle Schmiedeberg i. Riesengeb.

Die Unterassistenten haben nach Buchkontrolle die Verbandsbücher von den Mitgliedern bis spätestens 1. Juli 1921 einzufordern und im Bureau zur Prüfung abzuliefern. Die Mitglieder haben vorher zu prüfen, ob die Angaben in ihrem Buch stimmen — Name richtig geschrieben, Geburtsdatum und Geburtsort richtig angegeben sind. — Eventuelle Änderungen sind unbedingt zu fordern durch Einreichung eines Bescheides, der die genauen und richtigen Angaben enthält.

Der Kassierer: Otto Freischmann.

Dresden — Umgegend. Mitgliedschaft Dresden.

Boranzüge.

Nahe die kürzliche Familienausflug findet am 17. Juli statt. Ziel: Habener Grund — Specktrichmühle. Alles Nähere wird durch Handzettel bekanntgegeben. Der 17. Juli muß dem Verband gehören. Das Veranlagungskomitee.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Zum sofortigen Antritt werden einige tüchtige Schalen- und Becherdreher bei dauernder Arbeit gesucht.
Blankenhainer Porzellanfabrik G. & C. Carstens, Blankenhain i. Th.

Schriftmaler, auf Standgefäße, sucht Stellung im In- oder Ausland. Schriftproben zu Diensten.

Gefl. Angebote an die Red. der „Ameise“ erbeten unter N. 2.

Tüchtige Dreher für Hochspannungs-Isolatoren in dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.

Porzellanfabrik Heutshel & Müller, Meuselwitz (Thüringen).

Alleinstehende ältere Wäscherin und Garniererin sucht Stellung. Angebote unter N. 6 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtigen Kapseldreher, der als solcher gelernt hat, sucht Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sa.

Von süddeutscher Steingutfabrik wird per sofort ein durchaus tüchtiger Glasierer gesucht, der engobierte Ware glasieren kann. Werkwohnung vorhanden.

Offerten unter B. 4 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Modellier der Luxusbranche, unverh., sucht Dauerstellung, eventuell auch als Gips-, Ton- oder Massereturcheur. Gefl. Offerten unter M. 10 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gelernter Porzellanschleifer für sofort gesucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen, an

Porzellan-Manufaktur „Union“, Edmund Duijt, Kleinembach bei Böhmstedt in Thüringen.

Perfekter Obermaler für keramische Glasmalerei per sofort gesucht. Ausführliche Offerte erbeten an

Sandmann & Co., Leipzig, Könnertstr. 43.

Tüchtige Porzellan-Druckereinen für Kantendekore finden dauernde lohnende Beschäftigung.

Offerten an Fritz Benfinger, G. m. b. H., Mannheim.

Perfekte Isolatordreher sucht Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow-Berlin.

Unverheirateten, guteingearbeiteten weiß/weiß Austräger sucht in dauernde Stellung

Stanz- und Emailierwerke Carl Schulz, Erfurt 6.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.

Poliergoldflaschen 10 " 25—50 "

je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Besteßtes Geschäft dieser Art

Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrücken usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenschuhe — Segeltuchoberteil, Lederohle u. Zwickeln. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe. Samtl. Lederwaren in nur guten Qualit. billigst. Wer Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.

A. Kene, Schuhverfand u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (S.-S.).

Begr. 1896. — Beste Bedien.	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
			
Selbst. Zwickau, S. Peterstr. 33			

Veranlag. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Gerben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von G. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Str. 28.